



LAND BRANDENBURG

**Landesamt
für Soziales und Versorgung**

Landesamt für Soziales und Versorgung | Postfach 10 01 23 | 03001 Cottbus

Gemeinde Am Mellensee
Herrn Frank Broshog
Zossener Straße 21c

15838 Am Mellensee OT Klausdorf

Lipezker Straße 45
03048 Cottbus

Bearb.: Frau Hanschke
GZ.: 52-PVO-193-21
GZ. bitte bei Rückantwort angeben!
Telefon: (0355) 2893-328
Fax: (0331) 27548-4566
Internet: www.lasv.brandenburg.de
Katrin.Hanschke@lasv.brandenburg.de

Bus 16 bis Poznaner Str. / BTU
Tram 4 bis Gelsenkirchener Platz
Anschluss: Bus 13, 14
bis Lipezker Str./ Schwarzheider Str.
oder Tram 4 bis Schwarzheider Str.

Cottbus, 21. Dezember 2021

Zuwendungsbescheid (Projektförderung)

Zuwendung des Landes Brandenburg im Rahmen des Paktes für Pflege

Ihr Antrag vom: 07.12.2021 (Eingang 20.12.2021)

Geschäftszeichen: 52-PVO-193-21

Anlagen (per E-Mail):

1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) des Landes Brandenburg
2. Eingangsbestätigung
3. Rechtsbehelfsverzicht
4. Mittelanforderung
5. Verwendungsbestätigungsvordruck
6. Hinweisblatt Datenschutz

Die Anlagen 4 und 5 stehen als Download zur Verfügung unter:

<http://www.lasv.brandenburg.de>, (Link: Soziales; Zuwendungsrecht; Pakt für Pflege)

Sehr geehrter Herr Broshog,

auf Ihren Antrag vom 07.12.2021 bewillige ich Ihnen gemäß §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) im Rahmen einer Projektförderung eine Zuwendung aus Mitteln des Landes Brandenburg im Rahmen des Paktes für Pflege in Höhe von

21.700,00 €

(in Worten: einundzwanzigtausendsiebenhundert Euro)

für die Zeit ab 01.01.2022 bis zum 15.12.2022 (Bewilligungszeitraum = Auszahlungszeitraum).

Besucheranschrift

Lipezker Str. 45, Haus 5
03048 Cottbus

Leitweg-ID für E-Rechnungen

12-121096894459866-05

Umsatzsteuer-IdNr.

DE343672726



zur Durchführung folgender Maßnahme:

„Pflege vor Ort“

mit folgender Zielstellung:

Unterstützung von Pflege in der eigenen Häuslichkeit durch Gestaltung alterns- und pflegegerechter Sozialräume und somit die Stabilisierung des Anteils ambulanter Pflege im Land Brandenburg.

1 Finanzierungsart / Finanzierungsplan / Ausgabengliederung

Die Zuwendung wird einmalig in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von bis zu 21.700,00 € als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Von der bewilligten Zuwendung entfallen auf

Verpflichtungsermächtigung in 2022 = 21.700,00 €

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben werden auf 27.125,00 € festgesetzt.

Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme wird wie folgt sichergestellt:

Zuwendung des Landes Brandenburg:	21.700,00 €
Eigenanteil:	5.425,00 €
Gesamteinnahmen:	27.125,00 €

Der Finanzierungsplan ist im Rahmen der Regelungen der Nr. 1.2 der ANBest-G verbindlich. Darüber hinaus gehende Änderungen bedürfen der Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

Die mit dem Antrag eingereichte Ziele-Maßnahmen-Tabelle ist Bestandteil des Bescheides.

2 Auszahlung der Zuwendung

Die Zuwendung wird ganz oder in Teilbeträgen im Rahmen der verfügbaren Landesmittel innerhalb des Bewilligungszeitraumes auf Anforderung (Mittelanforderung, Anlage 4 - Download) ausgezahlt.

Die Auszahlung der Fördersumme erfolgt lt. Nr. 1.4 ANBest-G auf das im Antrag angegebene Konto. Änderungen der Bankverbindung sind der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

Voraussetzung für die Mittelauszahlung ist die Bestandskraft des Bescheides, welche einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides eintritt. Sie können den Eintritt der Bestandskraft und damit die Auszahlung beschleunigen, wenn Sie erklären, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten (Anlage 3).

3 Weiterleitung der Zuwendung

Die Zuwendungsmittel sind teilweise entsprechend dem Antrag in der beantragten Höhe weiterzuleiten.

Die Weitergaben erfolgen in öffentlich-rechtlicher Form gemäß Nr. 12 der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an Gemeinden (VVG) zu § 44 LHO.

Es sind die einschlägigen Vorschriften des öffentlichen Rechts, insbesondere die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO anzuwenden.

Die Zuwendung ist in Form eines Zuwendungsbescheides als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung in Form einer Festbetragsfinanzierung gewähren.

Eine Kopie jedes Weiterleitungsbescheides ist der Bewilligungsbehörde zu übersenden.

Die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AN-Best-P) sind zum Bestandteil der Bescheide zu machen. Weiterhin sind (je nach Inhalt der Projekte) abweichend bzw. ergänzend die Inhalte der Nebenbestimmungen 4.3 bis 4.9 in die Bescheide aufzunehmen. Weiterhin ist in den Bescheiden Folgendes zu regeln:

- Zur Einreichung der Verwendungsbestätigung sind Regelungen so zu treffen, dass es Ihnen möglich ist, die Festlegungen der Nebenbestimmung 4.12 zu erfüllen.
- Das Prüfungsrecht nach Nr. 7.1 der ANBest-P gilt auch für das LASV (einschließlich der vom LASV Beauftragten) sowie für den Landesrechnungshof.
- Die in den Anträgen enthaltenen Daten werden durch das MSGIV und das LASV nach den Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes Brandenburg verarbeitet.
- Eventuelle Rückzahlungen der Letztzuwendungsempfänger erfolgen nicht an das LASV, sondern an Sie als Mittelgeber. Entsprechende Regelungen sind zu treffen. Etwaige Erstattungsansprüche gegen Letztempfänger sind auf Verlangen an das LASV abzutreten.

4 Nebenbestimmungen

Die beigegefügtten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend oder ergänzend hierzu wird Folgendes bestimmt:

- 4.1 Die Maßnahme ist im Zeitraum **ab 01.01.2022 bis 31.12.2022** durchzuführen. Das bedeutet, dass grundsätzlich nur solche Ausgaben als zuwendungsfähig geltend gemacht werden können, die in diesem Zeitraum anfallen bzw. die diesem Zeitraum zuzuordnen sind. Als Maßnahmebeginn

ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten (gilt nicht für bereits bestehende Arbeits- und Mietverträge).

- 4.2 Der Gemeindevertretung ist jährlich über ihre Aktivitäten zu berichten, der Bericht ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
- 4.3 Bei Veröffentlichungen und Verlautbarungen aller Art (z. B. Presseerklärungen, Publikationen, Berichte) ist in geeigneter Form auf die Förderung dieser Maßnahme durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV) hinzuweisen und es ist das LOGO des Paktes für Pflege zu verwenden.

Sofern auch das Logo des MSGIV verwendet wird, ist vor der Veröffentlichung die Freigabe durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit des MSGIV einzuholen.

(Tel.: 0331/866-5042, E-Mail: Carola.Mahncke@MSGIV.Brandenburg.de)

- 4.4 Es ist darauf hinzuwirken, dass die Angebote zur Erfüllung des Zuwendungszwecks für Menschen mit Behinderungen diskriminierungs- und barrierefrei im Sinne des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes sind.
- 4.5 Bei der Vergabe von Aufträgen ist die Nr. 3 der ANBest-G zu beachten. Für vergaberechtliche Bekanntmachungen ist die im Serviceportal des Landes Brandenburg eingerichtete elektronische Veröffentlichungsplattform <http://vergabemarktplatz.brandenburg.de> zu nutzen. Hierfür steht der Veröffentlichungs-Client zur Verfügung. In begründeten Ausnahmefällen kann eine Veröffentlichung auf www.bund.de vorgenommen werden.

Aus der Zuwendung dürfen nur Gegenstände bis zu einem Anschaffungswert von maximal 5.000 € (inkl. Umsatzsteuer) angeschafft werden.

Für aus den Zuwendungsmitteln beschaffte Gegenstände gilt eine Zweckbindungsfrist von 5 Jahren. Nach Ablauf der Zweckbindungsfrist kann über diese frei verfügt werden.

- 4.6 Zur wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Mittel sind Skonti und Rabatte in Anspruch zu nehmen.
- 4.7 Ausgaben für Bewirtung und Verpflegung sind grundsätzlich nicht förderfähig. Ausnahmen sind nur nach Zustimmung des LASV zulässig.
- 4.8 Ausgaben für notwendige Fahrten sind höchstens bis zur Höhe der Bestimmungen des geltenden Bundesreisekostengesetzes (BRKG) förderfähig. Einschränkend dazu werden bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nur die jeweils nachgewiesenen Fahrpreise der 2. Klasse und bei der Nutzung des eigenen PKW nur 0,20 € je Fahrkilometer anerkannt, maximal 130 € Wegstreckenentschädigung für die gesamte Dienstreise. Liegt eine

Schwerbehinderung mit dem Merkzeichen - aG – vor, beträgt die Wegstreckenentschädigung 0,30 € je Fahrkilometer.

- 4.9 Honorare werden hinsichtlich der Förderfähigkeit nach den Bedingungen des Einzelfalles beurteilt. Die Höhe der Vergütung ist von der Leistung und der für die Durchführung erforderlichen Qualifikation der vertragsnehmenden Person abhängig. Dabei sollen Ausbildung, Erfahrung und Sachkenntnis sowie Umfang und Schwierigkeitsgrad der Leistung ausreichend zur Beurteilung dargestellt werden. Die Vergütung sollte in der Regel alle mit der Honorartätigkeit verbundenen Arbeiten und Aufwendungen sowie Nebenkosten einschließen. Honorarzahlen an Personen in der regulären Arbeitszeit im Zusammenhang mit ihrem Hauptamt sind ausgeschlossen. Das gleiche trifft für Mandatsträgerinnen und -träger des Bundes und der Länder zu. Sämtliche Steuern und Abgaben aus dem Honorar liegen beim Honorarnehmer. Vor Abschluss eines Honorarvertrages ist zu prüfen, ob der Honorarnehmer über eine Steuernummer verfügt. Das Vorhandensein einer Steuernummer ist eine Voraussetzung für den Abschluss eines Honorarvertrages.

Bei Zahlung von Honorar ist die Angabe der Steuernummer im Honorarvertrag und auf der Rechnung zwingend notwendig.

- 4.10 Sofern Haushaltsmittel nicht innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung verbraucht wurden, ist unverzüglich die Bewilligungsbehörde zu informieren. Die Bewilligungsbehörde entscheidet, ob die Mittel zurückzuzahlen oder mit der folgenden Mittelanforderung zu verrechnen sind. Nicht mehr benötigte Mittel zum Maßnahmeende sind unverzüglich zurückzuzahlen.

- 4.11 Über die Rückzahlung ist die Bewilligungsbehörde vorher schriftlich zu informieren. Für die Rückzahlung wird Ihnen dann ein Kassenzeichen mitgeteilt.

Die Haushaltsmittel sind wie folgt zurückzuzahlen:

Empfänger:	Landesamt für Soziales und Versorgung
Kontoführendes Kreditinstitut:	Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN-Nr.:	DE68 3005 0000 7110 4003 27
BIC-Swift:	WELADEDXXX
Verwendungszweck:	Kassenzeichen und Geschäftszeichen

- 4.12 Die Verwendungsbestätigung (Anlage 5) ist abweichend von Punkt 7 der AN-Best-G bis **spätestens zum 30.04.2023** an das LASV zu übergeben.

Für die weitergeleiteten Mittel sind die Verwendungsbestätigungen der Letztzuwendungsempfänger beizufügen. Die Prüfung der Verwendungsbestätigungen erfolgt durch den Erstzuwendungsempfänger.

- 4.13 Aus der für das Haushaltsjahr 2022 bewilligten Zuwendung ergibt sich kein Anspruch auf eine weitere Förderung in den Folgejahren.

- 4.14 Die Bewilligung kann widerrufen werden, soweit Ausgaben nach dem festgestellten Haushaltsplan oder auf Grund haushaltswirtschaftlicher Sperren nicht verfügbar sein sollten (Widerrufsvorbehalt gemäß § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg (VwVfGBbg) i. V. m. § 36 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 49 Abs. 2 Nr. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)).
- 4.15 Die Bewilligungsbehörde behält sich gemäß § 1 VwVfGBbg i. V. m. § 36 Abs. 2 Nr. 5 des VwVfG die nachträgliche Aufnahme, die Änderung oder die Ergänzung von Auflagen vor.

5 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus einzureichen.

Freundliche Grüße

Im Auftrag



Kathrin Meierhold